

**Emre ÜNVER, BSc.**

Master-Student an der Technischen Universität Berlin  
Fakultät der Architektur

**Danke Herr Präsident/Frau Präsidentin**

**Sehr geehrte Anwesende,  
Meine Damen und Herren,**

Es ist eine große Freude für mich, im Namen der türkischen Gemeinde in Berlin, welche eine der stärksten in der Bundesrepublik Deutschland ist, die Gelegenheit hier teilzunehmen und meine Meinung zu äussern.

Nach den offiziellen Statistiken wohnen in Berlin 170 Tausend Türken, die ihren ständigen Wohnsitz dort haben. Allein diese Zahl zwingt die lokalen Regierungen seit eh und je, notwendige Schritte für ein gutes Miteinander von türkischen Mitbürgern mit den deutschen und anderen Bevölkerungsgruppen in der Bundeshauptstadt zu schaffen.

Seit dem Beginn der türkischen Arbeitskräftewanderung nach Deutschland, insbesondere aber in den letzten 20 Jahren, versuchten die zuständigen deutschen Behörden, in Berlin und anderswo in der Bundesrepublik Deutschland, Massnahmen zur Integrierung von Migranten zu implementieren. Ich muss bei dieser Gelegenheit Ihre Aufmerksamkeit bitten, dass heuer das Türkisch-Deutsche Anwerbevereinbarung zum fünfzigsten Male jährt. Heute, nach fünfzig Jahren, geht allerdings die heftige Diskussion über die Existenz von Migranten immer noch weiter.

Die meisten Unternehmungen von Politikern und Administratoren waren in der Tat Konsequenzen von einer *social engineering*, welche auf Illusionen und irrealen Annahmen zurückgeht. Deutschland vertrat bis zur zweiten Hälfte von 2000s eine politische Position, dass das Land kein Immigrationsland wäre und die Migranten befänden sich nur vorübergehend im Lande.

Folglich war es nicht notwendig, tiefer gehende Politiken in allen Bereichen des Lebens zu entwerfen, wenn die Migranten zu gegebener Zeit Deutschland verlassen und zu ihren

Heimatländern zurückkehren würden. Aber dieser sogenannte temporäre Besuch ging nie zu Ende und die Migranten der frühen Sechzigern haben nun ihre Enkelkinder, die fast allen Bereichen des Lebens in der „gastgebergesellschaft“ vertreten sind. Wir haben zum Beispiel Parlamentsmitglieder, Uniprofessoren, Ärzte, Ingenieure, Architekten und ca. 90 Tausend Arbeitgeber, die 400 Tausend Menschen beschäftigen und zwar nicht nur Türken aber auch Deutsche und andere Nationalitäten in der Bundesrepublik.

Die Politikmacher haben dann schliesslich eingesehen, dass Deutschland in der Tat ein Migrationsland ist und folglich wurde die Politik der Nicht-Anerkennung dieser Tatsache mit dem neuen Migrationsgesetz von 2005 revidiert. Schon davor, im Jahre 2000, wurde das mit dem *Ius sanguinis*-Prinzip (Blut-Prinzip) versehene Staatsangehörigkeitsgesetz geändert und die Aufnahme in die deutsche Staatsbande erleichtert. Auf der anderen Seite wurde aber dadurch die duale Staatsangehörigkeit für Türken fast unmöglich gemacht.

Trotz mancher positiven Schritte konnte die Hauptannäherung an das „Migrationsproblem“, das in der Tat als „türkisch-muslims Problem“ verstanden wird, nicht verändert werden. Diese Hauptannäherung schreibt eigentlich vor, dass die kulturellen Identitäten und Differenzierungen zwischen unterschiedlich nationalen Gruppen in der Aufnahmegesellschaft auf die Spitze der Agenda von Intergrationsdiskussion gesetzt werden soll. Eine Integrationspolitik, welche auf der kulturellen Perzeption der Migrationsproblematik basiert, unterminiert in der Tat die realistische und innovative Massnahmen, die ein besseres Miteinander von unterschiedlichen kulturellen und ethnischen Gruppen hervorrufen soll, weil eben nicht die sozialen Ähnlichkeiten zwischen den Gruppen aber mehr ihre Unterschiede betont werden.

Diese Politik, trotz all guter Intentionen, geht auf eine ideologisch unpassende Basis und die Diskussion über Integration von Personen mit Migrationshintergrund wird an den Realitäten und Bedürfnissen von Migranten, die eben mit ihren zivilen Organisationen aktiver an dem Entscheidungsprozess sollten eingegliedert werden, vorbei geführt wird.

Die Folgen der auf der kulturellen Differenz orientierten Integrationspolitik provoziert andauernd Emotionen und xenofobische Attitüden in der Gesellschaft. Eine kontinuierliche Debatte über Integrationswille und -kapazität von Migranten verursacht die Aufblühen von rassistischen Gefühlen und die öffentliche Meinung wird von der bis zu einem gewissen

Grade xenofobisch ausgerichteten Medienübermittlung über die Migranten, die für alle sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden, schwer beeinflusst.

Es ist richtig, dass die Einberufung von unterschiedlichen Gipfeln wie „Islam-Gipfel“ und „Integrationsgipfel“ mit Beteiligung von Migrantenorganisationen gute Schritte nach vorn sind, welche in der Vergangenheit vernachlässigt worden waren. Jedoch die ideologische Annäherung, die oben erwähnt ist, scheint das Haupthindernis auf dem Wege zum Erfolg zu sein. Es wäre mehr angebracht, gleiche Opportunitäten und Rechte im sozialen Bereich zu gewähren, als die Propagierung eines kulturellen Anpassungsdiskurses, der nie aufhört und eben keine adequaden Lösungsvorschläge für die momentanen Probleme bringt. Ein auf Menschenrechte basierender Approach verlangt eine faire Behandlung und eine Akzeptanzkultur und keine auf die sogenannte kulturelle Divergenz zurückgehende Politik für Integration in der Bundesrepublik deutschland.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.